



Impressum

Herausgeber: **SPD** Nieder Erlenbach, gegr.1904, Märker Str. 54, 60437 Frankfurt. Internet: www.spd-nieder-erlenbach.de.

V.i.S.d.P: Gert Wagner, Bornweg 30, 60437 Frankfurt am Main.

Auflage: 2500, Verteilung kostenlos

Fax: 06101-408790,

email: gert-r.wagner@t-online.de.

Anfragen und Anzeigen bitte an diese Adresse.

Spenden: IBAN DE92 5005 0201 0000 2037 37



*Frohe Weihnachten und ein gesundes und erfolgreiches **2020** wünschen Ihnen*

*Ihr **SPD**-Ortsverein Nieder Erlenbach*

*Ihre **SPD**-Ortsbeiratsfraktion*

*Ihre **WIR**-Redaktion und Verteiler*



Liebe Erlenbacherinnen,

06/19

Dezember

liebe Erlenbacher,

WIR hat ein Problem. Es wird nicht nur gerne gelesen, sondern zunehmend auch als Werbeträger angenommen. Deshalb hat diese Ausgabe 12 Seiten, damit sich das Verhältnis Text und Werbung nicht verschlechtert. Denn Sie sollen ja regelmäßig informiert werden. Das versuchen wir in der Regel sachlich, unsere Kommentare werden aber nach wie vor unsere Sicht der Dinge bringen, schließlich sind wir ein SPD-Blättchen.

Ansonsten wünschen wir Ihnen schon mal viel Erholung an den bevorstehenden Feiertagen von dem vorweihnachtlichen Einkaufsstress und einen guten Start in Neue Jahr 2020 - mit dem wahrscheinlichen Baubeginn des Radweges nach Niedereschbach (siehe im Inneren).

Aus dem Ortsbeirat

Ein volles Haus gab es in der Oktober-sitzung des Ortsbeirates. Wahrscheinlich nicht so sehr wegen der Vorstellung der Gruppe Radentscheid, son-

dern wegen der erneuten Einbringung des Antrages der SPD, in den Straßen Bornweg und Alte Fahrt eine Einbahnstraßenregelung einzuführen, gemäß dem Ergebnis einer von der SPD um den Jahreswechsel 2016/2017 durchgeführten Befragung der Anwohner. Angeblich wusste man von der Befragung nichts, obwohl WIR in den Ausgaben 01 bis 03/17 darüber berichtete, nachlesbar in unserem Archiv auf der Internetseite. Wie auch immer: es wurde heftig dagegen geredet, aber auch mehrere Befürworter der Einbahnstraßenregelung meldeten sich zu Wort. Im Ortsbeirat fand der Antrag wie gehabt keine Zustimmung.

Vor dieser Diskussion Stellte die Gruppe Radwegentscheid Frankfurt ihre Initiative vor und war stolz, dass sie in Verhandlungen mit dem Magistrat fast alle ihre Forderungen durchsetzen konnten. Demnächst also mehr Platz für Radler und Radlerinnen, weniger für die Autos. Wer sich näher informieren will oder Kontakt sucht, kann dies unter „radentscheid-frankfurt.de“ tun.

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass Frankfurt über 100.000 Einwohner zugewonnen hat, die Zahl der KFZ ist aber im gleichen Zeitraum nur um 3000 gestiegen; ein Umdenken findet wohl statt-

Angesprochen wurden auch das Nutzen des öffentlichen Straßenraums als Kühlraum für die Alte Scheune (das Ordnungsamt sei bereits informiert) und die vielen SUV-Mama-Taxis nachmittags an der Anna-Schmidt-Schule. Da kann nur an die Schule appelliert werden.

Verabschiedet wurden folgende Anträge:

- An den wichtigsten Haltestellen sollen ein Echtzeitfahrgastinformationssystem für die Busse mit Anschlussverbindungen installiert werden (SPD).
- Eine Anfrage, wie die Verkehrsanbindung des Baugebiets West stattfinden soll (SPD).
- Der Radweg nach Niedereschbach soll nachträglich in das

Maßnahmenpaket für den Radwegentscheid aufgenommen werden (interfraktioneller Antrag).

- An der Alten Fahrt sollen bei den Verbindungswegen die Drängelgitter wieder angebracht werden zur Sicherheit der Kinder (SPD).
- Der Magistrat möge prüfen und berichten, ob die Kapazitäten der Grundschule auch für die kommende Neubebauung noch ausreichen werden (CDU).
- Beim Obsthof Schneider soll eine Hundekotbeutelspender samt Papierkorb aufgestellt werden (CDU).
- Die Straße Hinterm Hain soll als verkehrsberuhigte Zone mit ausgewiesenen Parkplätzen eingerichtet werden (Tischvorlage der CDU).

Die Sitzung am 26. November wurden die konkreten Planungen für den Radweg nach Niedereschbach vorgestellt.

wurde Frankfurt schon stark benachteiligt. Jetzt werden die 400 Mio. Euro wird einbehalten, um Wahlversprechen einzulösen. Leider jedoch in überwiegendem Maße auf Kosten der Stadt Frankfurt. Bis zu 160 Mio. Euro jährlich gehen Frankfurt verloren, das sind umgerechnet 4 Schulneubauten oder 160 km Radweg – jedes Jahr.

Der Bund zahlt einen erheblichen Zuschuss zum Umbau der Paulskirche und zur Errichtung eines Demokratie-zentrums. Zum Jubiläum der Paulskirche 2023 könnte dies ein schönes Geburtstagsgeschenk werden.

Die SPD im Römer hat eine neue Webseite: www.spd-im-roemer.de. Der Inhalt wird kontinuierlich erweitert mit aktuellen Themen, Standpunkten, Ideen und vielem mehr. Schreiben Sie mir gerne über diese Seite, wenn Sie ein Anliegen haben.

Ich wünsche Ihnen frohe Festtage, einen guten Start ins Neue Jahr und für 2020 viel Freude und Gesundheit.

Ihre Kristina Luxen

Eine gute Idee

Oft genug ärgern wir uns über die Abfallentsorgung. Mal quellen Papierkörbe über. Die Glascontainer werden wochenlang nicht geleert, die Parkanlagen werden nicht so gepflegt, wie es sein sollte usw. Geschimpft wird dann auf die Stadt oder auch die FES. Zur Verteidigung der FES kann man ins Feld führen, dass sie für manche Mängel gar nicht zuständig ist, sondern

andere private Entsorger, allerdings von der Stadt beauftragt. Auch die FES ist nur zu 51 % in städtischer Hand, die anderen 49 % hält Remondis, einer der größten Entsorger Europas.

Wie WIR aus „gut informierten Kreisen“ erfuhr, trägt man sich nun mit dem Gedanken, alle Entsorgungs- und Reinigungstätigkeiten bei der FES zu bündeln, denn die können das, und dann weiß man auch, wen man bei Missständen ansprechen kann. Man denkt auch an versenkte Glascontainer und an Papierkörbe, die Pizzaschachteln problemlos aufnehmen können.

Ob dies ab 2021 allerdings so kommen wird, hängt auch davon ab, wer neuer Teilhaber bei der FES sein wird, denn die 49 %-Beteiligung muss nach zwanzig Jahren neu ausgeschrieben werden. Sollte Remondis die Ausschreibung wiederum gewinnen und FES-Teilhaber bleiben, wird es wahrscheinlich zu der genannten Lösung kommen. Und in Frankfurt wird es ähnlich wie früher. Denn merke: private Anbieter leisten vieles billiger, aber selten preiswerter. Sie drücken allzu gerne die Kosten (Löhne und Sozialabgaben), die daraus resultierenden Mängel (niedrige Renten usw.) darf dann wieder die Allgemeinheit zahlen.



WIR STEHEN FÜR LÖSUNGEN

Nacharbeiten Reparaturen
Untersuchungen Überprüfungen



SPRECHEN SIE UNS AN

0171 85 2400 8
info@vi-di.eu www.vi-di.eu

Aus dem Römer

der Bus fährt wieder zur S-Bahn – eigentlich! Die Intervention der nördlichen Stadtteile hat sich gelohnt. Für die Dauer der Sperrung der Nidda-Brücke fährt der 25er Bus bis zur S-Bahn-Station Frankfurter Berg und die meisten ÖPNV-Nutzerinnen und – Nutzer sind begeistert, da dies mit einer deutlich

besseren Taktung verbunden ist für die Schulkinder in Nieder-Erlenbach und man hat den Eindruck, dass es viel mehr Möglichkeiten gibt, den ÖPNV zu nutzen. Wenn da nur nicht der

Busstreik wäre Dieser Streik zeigt einmal mehr die Dimension, wie abgehängt der Frankfurter Norden ist. Man kann noch nicht einmal auf ein Carsharing-Auto ausweichen, um die Kinder morgens in die Schule zu fahren. Hier muss sich was tun und mir schwebt die Idee einer Konferenz der nördlichen Stadtteile vor zur Optimierung des ÖPNV-Angebotes, der Schaffung von Mobilitätsstationen – mit Bürgerbeteiligung, über alle Parteigrenzen hinweg. Das wäre doch ein gutes Vorhaben für das Neue Jahr.

Die Legislaturperiode neigt sich schon stark dem Ende zu, die Kommunalwahlen stehen schon fast vor der Tür. Im März 2021 ist es soweit. Die Koalitionsparteien im Römer haben sich noch-

mals zusammengesetzt und überlegt, was die nächsten 1,5 Jahre noch gemacht werden sollte. Für die SPD war wichtig, dass es künftig einen Baulandbeschluss gibt. Nun kann auch Frankfurt bis zu zwei Drittel der aus neuen Bebauungsplänen resultierenden Planungsgewinne zum Wohl der Allgemeinheit abschöpfen.

In einer der letzten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung haben wir endlich auch den Grundsatzbeschluss zur Schaffung eines Kinder- und Jugendtheaters im Zoogesellschaftshaus auf den Weg gebracht - dafür haben wir viele Jahre gekämpft.

Nun werden wir gemeinsam mit unserer Dezernentin Ina Hartwig mit der Umsetzung des Projekts beginnen.

Ab 1.12.2020 fällt eigentlich der Solidaritätsbeitrag von der Gewerbesteuerumlage weg, mit dem die letzten 30 Jahre die östlichen Bundesländer unterstützt wurden. 400 Mio. Euro stünden den Kommunen aus ihrem eigenen Geld nun zur Verfügung. Leider gibt die hessische Landesregierung für Hessen als einziges Bundesland dieses Gelder nicht den Kommunen, sondern sie hat das Starke-Heimat-Gesetz verabschiedet. Dies wirkt zum einen wie ein zweiter Kommunalen Finanzausgleich, der überflüssig wäre, wenn der eigentliche Kommunale Finanzausgleich gut konzipiert wäre. Bei dessen Neuordnung



Näheres zum Radweg finden Sie auf Seite 8..

In der Bürgerfragestunde wurde neben dem Thema der Beleuchtung der Straße Am Riedsteg (die erst mit der Bebauung kommen soll) das Thema der Elektrotankstelle angesprochen und den Schwierigkeiten und hohen Kosten, wenn man dies privat installieren will. Hier sieht der Ortsbeirat die Mainova in der Pflicht.

Verabschiedet wurden dann folgende Anträge:

- Der Magistrat solle prüfen und berichten, ob und wo in der Straße Alt Erlenbach Bäume gepflanzt werden können (Grüne; Anm. d. Red.; Das hatte die SPD schon vor ca. 35 Jahren gefragt).
- Für Nieder Erlenbach soll ein Stadtteilarchitekt beauftragt werden (CDU).
- Am neuen Friedhof soll ein Verkehrsschild angebracht werden, das das Parken mit Parkscheibe für zwei Stunden erlaubt (CDU).

- Eine Anfrage, auf welchen öffentlichen Gebäuden in Nieder Erlenbach Photovoltaik-Anlagen installiert werden können und ob die Stadt bereit ist, solche Anlagen zu unterstützen (Grüne).
- Der Ortsbeirat wird wieder die Kosten für die Weihnachtsbaumbeleuchtung übernehmen (interfraktionell).

Zwei Anträge wurden zurückgestellt und sollen eventuell als Etat-Anregungen in der Januar-Sitzung behandelt werden: Einrichtung einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Kita Mühleninsel und Bereitstellung von Investitionsmitteln zum Bau einer neuen Kita im Baugebiet West (Das Grundstück ist schon reserviert und Planungsmittel schon eingestellt).

Die nächste Sitzung wird am 14. Januar um 20 Uhr stattfinden, traditionell verbunden mit dem Neujahrsempfang des Ortsbeirats, zu dem alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen sind.

Bei www.kunstefan.de finden Sie ständig wechselnde Angebote aus den Bereichen Kunst, Gemälde, Elektro, Unikate, Sammlergegenstände und weitere Gelegenheiten. Ankauf, Verkauf und Vermittlung von Kunst, Nachlässen und Auflösungen.
Email: info@kunstefan.de Telefon: 0151-21952212

Kaum zu glauben

Dieser Kommentar konnte aus Platzgründen in der letzten WIR nicht erscheinen, der Inhalt ist aber wichtig genug. In der Septembersitzung hatten Grüne und SPD gemeinsam einen Antrag eingebracht mit der Bitte, dass sich der Magistrat der Stadt Frankfurt mit dem Magistrat der Stadt Karben in Verbindung setzt, um die Zufahrt aus Richtung Petterweil zur Kastanie für Pkw zu erschweren oder besser zu kontrollieren; die Zufahrt ist eigentlich verboten, dennoch benutzen in recht viele, um oben ihren Hund Gassi zu führen, Mittagspause zu machen usw.

Die CDU-Fraktionsvorsitzende Ingrid Reitzammer sprach gegen den Antrag. Dort seien immer schon Autos hingefahren, und bei zunehmendem Verkehr gebe es eben dort auch mehr Autos. Man traute seinen Ohren nicht. Ist ja nicht so schlimm, wenn man Verbote nicht ein-

hält? Warum stellt dann der Ortsbeirat auch immer mal wieder Anträge für Haltverbotsschilder oder nach Überwachung des Verkehrs? Wenn das doch alles nicht so wichtig ist und man z. B. schon immer sein Auto da abgestellt hat? Oder gerade aktuell der Antrag zum Friedhofparkplatz? Und das von der CDU-Fraktionsvorsitzenden.

Ortsvorsteher Yannick Schwander hat zum Glück die Kurve gekriegt und gegen seine Fraktion mit den Antragstellern gestimmt, so dass der Antrag eine Mehrheit fand. Wahrscheinlich hat es die CDU geärgert, dass Grüne und SPD einen gemeinsamen Antrag auf den Weg gebracht haben. Aber das kann kein Grund für eine so krude Begründung sein. Regeln, die man aufstellt, müssen auch eingehalten werden - so sollte das in einem Rechtsstaat sein.

Gert Wagner

ein Stück Zukunft für
Ihr Parkhaus/
Ihre Parkanlage

E
MOTION

Kontakt: Klaus Schäfer
Märker Straße 4 | 60437 Frankfurt am Main
eMail: klaus.schaefer@e-motion.world
Tel.: +49 69 2000 99 100
www.e-motion.world

Anreize statt Verbote

Das ist der neue Trend in der Politik: es gibt keine Verbote mehr, nur noch Anreize, das geht über alle Parteigrenzen hinweg. Und unter Anreizen sind selbstverständlich nicht die Einsicht in die Notwendigkeit gemeint, sondern finanzielle Anreize; immer schön die Hand aufhalten. Wenn ich demnächst meinen Vorgarten pflegeleicht mit Schotter gestalten will, obwohl das ökologischer Unsinn ist: welche Anreize erhalte ich, wenn ich Pflanzen einsetze? Ach ja, im Straßenverkehr gibt es noch jede Menge Verbote, z. B. Halteverbote in der Innenstadt. Welche Anreize gibt es da? Kostenlose Parkhäuser?

Also ehrlich: Verbote müssen manchmal einfach sein, und das kann man auch so sagen. Jedes Gesetz regelt etwas, woran man sich halten muss. Alles andere ist einfach verboten. Alles andere ist Augenwischerei.

G. W.

Neue Richtung

Die Mehrheit der SPD-Mitglieder, die sich an der Abstimmung zum neuen Vorsitz beteiligt haben, wollen einen Richtungswechsel, zu mehr sozialdemokratischen Themen. Wird das nun eine völlig neue Ausrichtung der SPD? Nein. Zum eine ist das Ergebnis ähnlich knapp wie beim Brexit. Zum anderen hat zumindest Herr Borjans zumindest auf Landesebene Regierungserfahrung und weiß, dass Politik Kompromisse erfordert. Schlappe für Scholz und Eskens? Ja und nein. Wahl verloren, aber ein beachtliches Ergebnis. Sie werden akzeptieren, dass die Mehrheit der Mitglieder einen neuen Anfang will.

**STOPPT
TIERTRANSPORTE**

**Sende
eine SMS
mit TIER
an 8 11 90**
Deine 5 EUR Hilfe
für die Tiere!

ANIMALS' ANGELS

www.animals-angels.de

Der Radweg kommt

Nach jahrzehntelangem Kampf scheint sich was zu tun. Kaum hatte der Ortsbeirat den Antrag gestellt, den Radweg in die Maßnahmen des Radentscheids einzubringen, wurde er vor der Abstimmung per E-Mail informiert, dass nach Abstimmung mit dem Regierungspräsidenten der Baubeginn im Herbst 2020, bei unerwarteten Komplikationen spätestens im Frühjahr 2021 stattfinden soll. Zunächst müssen Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt und kontrolliert werden. Zuschüsse nach dem GVFG (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) wurden bereits beim Land Hessen beantragt.

Zur Zeit wird noch ein Bodengutachten erstellt, aber alles sollte nach Plan laufen. Nur bei völlig unerwarteten Komplikationen könne es zu einer Verzögerung kommen,

schreibt Stefan Lüdecke, Referent des Verkehrsdezernenten Klaus Österling. Außerdem werden / wurden an etwa 30 Stellen in Nieder Erlenbach wegweisende Schilder für den Radverkehr angebracht.

Der kombinierte Rad-/Fußweg wird eine Breite von 3 Metern haben und zu den Feldern hin mit einer Baumreihe bepflanzt werden—insgesamt 106 Bäume. Für 1,8 km Länge mussten 10841 m² Land bereitgestellt werden. Die Bauzeit soll 18 Monate betragen.

Anmerkung der Redaktion: seit es einen SPD-Verkehrsdezernenten gibt, läuft das mit dem Radverkehr. Und sein Referent - bis zu seinem Wegzug vor wenigen Jahren Mitglied des SPD-Ortsvereins - kennt sich in Nieder Erlenbach auch aus. Er hatte sogar eine zeitlang die WIR ausgetragt.

Freia Meike Steinhäuser

Heilpraktikerin für manuelle Therapien



(Akupunktur bei Schmerzen, Kosmetische Akupunktur, Chiro- und Faszientherapie, Fußreflexzonen-Massage, Lymphdrainage und andere)

Termine nach Vereinbarung - Hausbesuche

Schönblick 18

60437 Frankfurt-Nieder-Erlenbach

Tel.: 06101 – 55 866 09

info@naturheilpraxis-taunus.com

www.naturheilpraxis-taunus.com

Grundrente und Klimaschutz

Nun hat man sich in der Groko doch noch auf eine Lösung zum Thema Grundrente geeinigt. Streitpunkt war ja, ob die Bedürftigkeit geprüft werden soll. Natürlich entspricht es dem Gerechtigkeitsgefühl, das jemand, der oder die es nicht nötig hat, die Grundrente auch nicht bekommen soll. Aber wirtschaftlich gesehen ist eine Prüfung nicht. Denn unter 1,5 Millionen Rentnerinnen und Rentnern mögen vielleicht 10.000 sein, die es nicht nötig haben. Um das festzustellen benötigt man aber etwa 5000 Beamte, die die Prüfung vornehmen. Völlig unwirtschaftlich.

Der jetzt gefundene Kompromiss ist dagegen tragbar: Das Finanzamt prüft einfach, ob neben der Rente weitere Einkommen zur Verfügung stehen. Sollte sich daraus keine Bedürftigkeit ergeben, gibt es auch keine Grundrente.

Auch das Klimaschutzpaket wird ja von vielen kritisiert. Den einen geht es zu weit, den anderen nicht weit genug. Das deutet auf einen richtigen Kompromiss hin. Hauptstreitpunkt ist natürlich die Berechnung des CO₂-Ausstoßes. Und hier kann man wirklich erwarten, dass der Preis ein bisschen mehr weh tun soll. Aber die in der Regierung sind ja nicht doof. Die wissen schon, dass in vielen Landesregierungen die Grünen beteiligt sind. Und die werden dann im Bundesrat einen höheren Preis durchsetzen, den sie sich auf ihre Fahnen schreiben können. Aber die wollten das gar nicht, keine Landesregierung mit Beteiligung der Grünen hat sich dafür eingesetzt. Denen ging es nur darum, dass die Länder keinen Teil der Steuerentlastung tragen sollten. So viel zum Engagement der Umweltpolitik.

Gert Wagner.

SMARTER WALLBOX
Ladestation für Elektroautos

E-MOTION

Charging as a service

Erstinstallation und Inbetriebnahme

Instandhaltung und Aktualisierung von Hard- und Software

optimale Ladegeschwindigkeit, keine Überlastung Ihres Netzanschlusses

Ladestation verriegelt während des Ladevorgangs

Abrechnungsverfahren für Endverbraucher bei Ladevorgang mit bekannten RFID-Ladekarten

Unsere Angebote

PAY PER USE 36 Monate
Jede Benutzung kostet den Gastgeber 5,00 €

FLAT 49,00 € netto mtl. | 36 Monate
Der Gastgeber erhält 25 Cent/kWh von E-Motion

BRAND 49,00 € netto mtl. | 36 Monate
Eigene Ladekarten mit Branding

Spannende Diskussion

Es ist schon eine Weile her, seit die Vorsitzenden von CDU, Grünen und SPD mit der ehemaligen Verfassungsrichterin Dr. Christine Hohmann-Dennhardt im Haus Nidda zum Thema Demokratie diskutierten. Eingeladen hatten die SPD-Ortsvereine im Norden, und etwa 40 Bürgerinnen und Bürger waren trotz strahlenden Sonnenscheins und angenehmer Temperaturen ins Haus Nidda gekommen.

Christine Hohmann-Dennhardt betonte, dass unser Grundgesetz die Parteiendemokratie vorsehe. Die gewählten Vertreter hätten zu entscheiden. Sie wünsche sich auch mehr Bürgerbeteili-

gung in Form von Bürgerbegehren - über deren Forderungen aber wieder die gewählten Vertreter zu entscheiden hätten. Bürgerbefragungen (wie z. B. beim Brexit) halte sie für ein Armutszeugnis der Politik..

Mike Josef (SPD) meinte, dass viele enttäuscht seien über die langsamen Prozesse in der Demokratie, die er als Planungsdezernent besonders gut kenne. Aber zur Demokratie gehöre auch ein funktionierender Rechtsstaat, und das verlangsame die Prozesse. China habe es als Autokratie da leichter,



V.l.n.r.: Gert Wagner, Jan Schneider (CDU), Dr. Christine Hohmann-Dennhardt, Mike Josef (SPD), Bastian Bergerhoff (Grüne), Susanne Kassold

aber er wolle dort nicht leben.

Bastian Bergerhoff (Grüne) sieht die früher von den Grünen unterstützten Volksbegehren inzwischen auch etwas kritischer, weil viele Themen sehr komplex seien und mit einem einfachen Ja / Nein nicht zu entscheiden seien. Auch Jan Schneider (CDU) rückte etwas von einer von der CDU einst gewünschten Demokratisierung ab: der Direktwahlen von Bürgermeistern und Landräten. Das nutze nichts, wenn diese nicht mehr Befugnisse bekämen wie in den südlichen Bundesländern. In Hessen habe man dies versäumt, und so sei es kein Wunder, dass es bei den Direktwahlen nur eine geringe Wahlbeteiligung gebe.

Auch die aktuelle Klimadebatte blieb nicht außen vor. Hohmann-Dennhardt begrüßte zwar die Demonstrationen, wies aber darauf hin, dass die Demonstranten nichts bewegen - das könne nur die Politik tun. Und sie wies darauf hin, dass es eben mehr Themen gebe als nur das Klima. Politik ist dem Gemeinwohl verpflichtet und müsse viele Bereiche beackern. Mike Josef wies darauf hin, dass die Klimadebatte letztendlich eine Wachstumsdebatte sei und wir uns alle an die Nase fassen müssten.

Interessant war, dass es insgesamt eine sehr sachliche und faire Diskussi-

on war, anders als man das aus Fernseh-Talkrunden kennt. Und trotz aller Fairness konnte man die Unterschiede zwischen den Parteien schon bemerken. Auch wenn es die Zeit der einfachen Antworten sei, betonten alle, dass man als Demokrat zu Kompromissen fähig sein muss, sonst passiere gar nichts. Jan Schneider gab noch als Anregung mit, ob es nicht besser sei, Wahlen zusammenzulegen, weil dann die Beteiligung höher sei.

Auch dank der vielen Fragen der Besucher war die Veranstaltung um 13 Uhr nicht wie vorgesehen zu Ende, sondern dauerte erheblich länger - was für das Interesse am Thema spricht.

Wertsteigernd

Gut gelungen ist die Grundsanierung der Alten Fahrt. Nicht nur ein glatter Asphalt und ein schön geschwungener Bürgersteig, auch die Beleuchtung ist gut gelungen mit warmen leuchtenden LED-Lampen, die nicht zu hell sind, aber die Straße gut ausleuchten. Das steigert doch glatt den Wert der anliegenden Grundstücke. Mal sehen, wie lange der gute Anblick hält, bis Fahrzeuge den Bordstein wieder ramponieren.

Übrigens wurden auch in anderen Straßen schon etliche Bogenlampen mit LED-Köpfen ausgestattet, die gut ausleuchten ohne hell zu sein - wie früher die Gaslaternen, und zudem noch stromsparend sind.